

Hintergrund

Das Gesprächsforum ist ein Tagungsformat, das im Rahmen des von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten und von der Deutschen Hochschule der Polizei sowie der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW durchgeführten Modellprojekts „Politische Bildung und Polizei“ zusammen mit wechselnden Akteur*innen angeboten wird.

Getragen wird das Forum von einem interdisziplinär besetzten Arbeitskreis „Politische Bildung und Polizei“, welcher die Projektarbeiten begleitet.

Inhalt und Zielrichtung

Schon vor den rassistischen Morden von Hanau (19. Februar 2020), dem antisemitisch motivierten Anschlag in Halle (9. Oktober 2019) oder dem Mord an dem Politiker Walter Lübcke (2. Juni 2019) war die Bedrohung durch den Rechtsextremismus offenbar. Die Taten sind Teile einer Entwicklung, die durch die NSU-Morde (2000-2007), fremdenfeindliche Pogrome in den 1990er Jahren oder das Oktoberfestattentat in München geprägt ist, das sich am 26. September 2020 zum vierzigsten Mal jährt.

Auf der Tagung soll erörtert werden, was politische Bildung zur Stärkung polizeilicher Kompetenzen betreffs des Erkennens, der Analyse und Bekämpfung rechtsextremistischer Aktivitäten, Straftaten und Anschläge sowie des Schutzes von (potentiellen) Opfern leisten kann.

Zielgruppen

Die Tagung richtet sich an Lehrende polizeilicher Bildungseinrichtungen, Angehörige staatlicher und freier Träger der politischen Bildungsarbeit, Polizeibeamt*innen aller Laufbahngruppen sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft.

Tagungsort

Evangelische Akademie Tutzing
Schlossstraße 2+4
82327 Tutzing
Tel.: +49 (0)8158 251-0
info@ev-akademie-tutzing.de

Die Tagungsgebühr beträgt 70,-- € (inkl. Tagesverpflegung). Am Tagungsort steht ein begrenztes Zimmerkontingent zur Verfügung. Die Kosten für eine Übernachtung belaufen sich auf 80,-- € pro Einzelzimmer und Nacht (inkl. Frühstück). Eine Anreise am Vortrag ist möglich.

Informationen zur Anreise finden Sie unter:
<https://www.ev-akademie-tutzing.de/anreise/>

Anmeldung

Das Formular zur Anmeldung finden Sie hier:

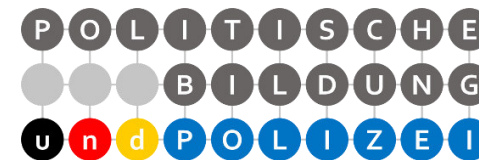


www.dhpol.de/die_hochschule/sonderaufgaben/foren.php

Bitte schicken Sie das ausgefüllte Formular bis zum **21. August 2020** per E-Mail an:
Philipp.Kuschewski@dhpol.de

Organisatorische Betreuung

Philipp Kuschewski
Deutsche Hochschule der Polizei
Koordinierungsstelle Politische Bildung und Polizei
Tel.: +49 (0)2501 806-713
E-Mail: Philipp.Kuschewski@dhpol.de



Gesprächsforum „Politische Bildung und Polizei“
in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bündnis
für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde
schützen:

Rechtsextremismus und -terrorismus als Themen politischer Bildung in der Polizei

24.-25. September 2020
Evangelische Akademie Tutzing

Tagungsleitung:

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung
NRW, Münster

Martin Becher

Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und
Menschenwürde schützen, Bad Alexandersbad

Hanne Wurzel

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn



Demokratie und Menschenwürde schützen



Tag 1

24. September 2020

12:00 Uhr	Anreise/Gelegenheit zum Mittagessen
13:15 -	Begrüßung
13:45 Uhr	<i>Tagungsleitung</i>
13:45 -	Grußwort
14:00 Uhr	<i>Joachim Herrmann, MdL</i> Bayerischer Staatsminister des Innern
14:00 -	Das polizeiliche Lagebild PMK -rechts-
14:45 Uhr	<i>Joachim Faßbender</i> Deutsche Hochschule der Polizei
14:45 -	PMK -rechts- und Herausforderungen
15:30 Uhr	für die polizeiliche Bildungspraxis <i>Prof. Dr. Christoph Kopke</i> Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
15:30 -	Kaffeepause
16:00 Uhr	
16:00 -	NSU 1.o und 2.o – Konsequenzen für
16:45 Uhr	Ermittlungsarbeit und Opferschutz <i>Seda Başay-Yıldız</i> Rechtsanwältin, Frankfurt/Main
16:45 -	Gegen Rechtsextremismus sensibilisieren – Konsequenzen für die Polizei-
17:30 Uhr	zeiausbildung vor dem Hintergrund des NSU-Falls und seiner Folgen <i>Prof.'in Dr. Frauke Kurbacher</i> <i>Prof.'in Dr. Vanessa Salzmann</i> Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, Münster
17:30 -	Die Hessische Polizeistudie 2020 –
18:15 Uhr	Ergebnisse und Perspektiven <i>N.N.</i>
18:15 Uhr	Abendessen

20:00 -	Rechtsextreme Musik – Zwei Filmvor-
22:00 Uhr	stellungen und Podiumsdiskussion Musik ist ein Propagandawerkzeug der rechtsextremen Szene. Diesbezüglich öffnen die Dokumentationen
	<ul style="list-style-type: none"> • „Blut muss fließen – Undercover unter Nazis“ des Regisseurs Peter Ohlendorf über Neonazikonzerte der 2000er Jahre sowie • „Von Nazis und Super-Helden“ des Autors Adrian Oeser über Rechtsrock-Konzerte in der thüringischen Kleinstadt Themar
	nachhaltige Blicke in rechte Event- und Propagandakulturen, den polizeilichen Umgang mit diesen und die Reaktionen der Zivilgesellschaft vor Ort. Die Impulse dieser Filme, die je in einer Kurzversionen gezeigt werden, sollen im Anschluss in einer Podiumsrunde aufgegriffen werden, in der die Filmemacher mit weiteren Expert*innen über das Gefährdungspotenzial, Motive und Formen rechter Musik(-Veranstaltungen) sowie mögliche Antworten von Behörden, Gesellschaft und Bildung diskutieren. Ein Aspekt sind hierbei auch musikgestützte Videoformate, mit denen sich die Szene im Internet präsentiert und vernetzt.
	<i>Thomas Jakob</i> Themar
	<i>Adrian Oeser</i> Film & Journalismus, Frankfurt/Main
	<i>Peter Ohlendorf</i> FilmFaktum, Freiburg
	<i>René Schunk</i> Polizeiinspektion Hildburghausen
	<i>Prof.'in Dr. Yvonne Wasserloos</i> Hochschule für Musik und Theater Rostock
	<i>Tagungsleitung (Moderation)</i>

Tag 2
25. September 2020

08:00 Uhr **Frühstück**

09:00 - **Problemfelder und Antworten der politischen Bildung – Drei Workshops:**
10:45 Uhr

1. Reichsbürger, Souveränisten und Selbstverwalter

Reichsbürger, Souveränisten und Selbstverwalter – die drei Begriffe beschreiben Personen(-Gruppierungen) einer Szene mit äußerst heterogenen Vorstellungen und Welterklärungen. Vertreter*innen relevanter Ideologien sind milieuübergreifend in der Gesellschaft zu finden – nicht zuletzt auch in der Polizei. Gleichzeitig zählt die Polizei zum Feindbild der Szene, wobei sie mit dieser aus unterschiedlichen Anlässen in Kontakt treten kann (Verkehrskontrollen, Razzien etc.). Polizeilich relevant sind diesbezüglich nicht nur die gewaltbereiten und/oder rechtsextremen Teile, sondern auch vermeintlich harmlosere „Verrückte“, die sich als Erzähler*innen von Verschwörungstheorien profilieren.

In dem Workshop soll erörtert werden, innerhalb welcher Gedankenwelten und Strukturen die Szene operiert und inwiefern dies in Konzepten der politischen Bildung für die Polizei – insbesondere im Hinblick auf Aspekte des Umgangs mit dem Milieu – vermittelt werden kann.

Petra Sandles

Polizeivizepräsidentin, Bayerisches
Landeskriminalamt

Benjamin Winkler

Amadeu Antonio Stiftung, Berlin

2. Hasskriminalität

Hasskriminalität bezeichnet Straftaten gegen Personen oder Sachen, die durch Vorurteile geleitet und Ausdruck von Diskriminierungen (z.B. aufgrund der religiösen oder sexuellen Orientierung, Hautfarbe, Nationalität) sind. Diese können in der analogen wie der digitalen Welt zum Tragen kommen. Mithin kann Hasskriminalität potentiell jeden treffen und hat konkrete Folgen für die Sicherheit des Einzelnen und der pluralen Gesellschaft insgesamt. Für eine gezielte Bekämpfung von Hasskriminalität ist es Voraussetzung, diese als solche zu identifizieren und im Kontext von Extremismus, politisch motivierter oder organisierter Kriminalität richtig zuzuordnen. Zentrales Ziel des Workshops ist es, sich mit Motiven, Erscheinungsformen oder Identifikationskriterien von Hasskriminalität zu beschäftigen und Potentiale politischer Bildung zu diskutieren, um die professionelle Ermittlungsarbeit der Polizei in diesem Bereich zu stärken.

Dr. Britta Schellenberg

Ludwig-Maximilians-Universität
München

Martin Thüne

Thüringer Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung – Fachbereich Polizei,
Meiningen

3. Antisemitismus

Wenngleich Antisemitismus häufig im Rechtsextremismus und Islamismus verortet wird, finden sich feindschaftliche Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden in allen gesellschaftlichen Milieus und politischen Richtungen. Relevant ist dabei nicht nur der offen zur Schau ge-

stellte Antisemitismus, sondern zudem derjenige, der eher indirekt kommuniziert wird. Die Grenzen zwischen legitimer Kritik an der Politik des Staates Israel und dem Hass auf alles Jüdische sind hier in der Regel fließend. Auch in der rechtsextremen Szene reicht die Bandbreite von einem eher versteckt geäußerten Antisemitismus über unverhohlenen vorgetragene Hetze bis hin zu Gewalt und Terror gegenüber jüdischen Mitbürger*innen.

Der Workshop soll diskutieren, wie eine antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der und für die Polizei gelingen kann. Welche Heraus- und Anforderungen bestehen hier? Was sind geeignete Inhalte und Formate für eine praxisorientierte politische Bildung? Welche Partner sind ggf. einzubinden? – Derartige Fragen sollen hier im Mittelpunkt stehen.

Wolfram Pemp

Landeskriminalamt Berlin

Tobias Rosin

Jehi`Or – Jüdisches Bildungswerk für
Demokratie und gegen Antisemitismus
gUG, Berlin

10:45 - **Tagungskommentar**

11:15 Uhr *Gabriele Rohmann*

Archiv der Jugendkulturen e. V., Berlin
Tagungsleitung (Moderation)

11:15 - **Mittagessen**

12:15 Uhr

13:15 - **Besuch des NS-Dokumentations-**
15:00 Uhr **zentrums München**

(Fakultatives Angebot)